

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 03. - 05. Mai 2024*

*Antragsteller\*in: Radosawa Stomporowski (KV Bonn)*

*Tagesordnungspunkt: TOP 7 Antragsberatungen*

## **A3: Schnellere Unterstützung der Beitrittskandidaten des Westbalkan, hegemoniale Dominanz und Einmischung unterbinden**

### **Antragstext**

1 Seit den Jugoslawienkriegen hegt Serbien Anspruch darauf, dass alle Serben in  
2 einer „serbischen Welt“ in einem Staat leben. Weiterhin erkennt Serbien Kosovo  
3 nicht an, die Republika Srpska sucht den Anschluss an Serbien, Kroatien strebt  
4 eine Revision des Abkommens von Washington (1994) und Dayton-Paris (1995) in  
5 Bosnien und Herzegowina und strebt dort die Erweiterung des Einflusses an,  
6 Bulgarien des Ohrider Abkommens (2001) in Nordmazedonien. Die fragile Lage auf  
7 dem Westbalkan droht aufgrund von geopolitischer Unsicherheit erneut zum  
8 Krisenherd zu werden.

9 Die Friedensabkommen für Bosnien-Herzegowina 1995, Kosovo 1999 und Mazedonien  
10 2001 wurden unter dem Druck der USA geschlossen und haben lange Zeit den Frieden  
11 in der Region garantiert. Die EU hat zwei Mandate - die EUFOR-Mission Althea in  
12 Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo - um den Frieden in Südosteuropa zu  
13 sichern. Nach dem russischen Angriff in der Ukraine haben die EU und die USA  
14 ihre Truppen verstärkt, um eine Destabilisierung zu verhindern. Die mögliche  
15 Wahl von Donald Trump bereitet Sorgen über die Stabilität der  
16 Sicherheitsgarantien der USA. Die US-Truppen spielen durch den Stützpunkt Camp  
17 Bondsteel eine besondere Rolle, um die UN-Mandate tiefergehend abzusichern.  
18 Solange der Stützpunkt erhalten bleibt, wird erwartet, dass es keine  
19 militärische Intervention oder Sezessionen in den Balkanstaaten geben wird. Ein  
20 möglicher Rückzug durch Donald Trump könnte jedoch zu einer Eskalation der Lage  
21 führen. Umso wichtiger wird es sein, dass der Frieden in der Region auch ohne  
22 die USA ausreichend gesichert wird.

23 Neben der militärischen Sicherheit muss auch die zivilgesellschaftliche  
24 Perspektive durch einen schnelleren Beitrittsprozess in die EU verstärkt werden.  
25 Politisch ist der EU das Risiko bewusst und hat daher auch Bosnien und

26 Herzegowina den Status eines Beitrittskandidaten verliehen.  
27 Russische Desinformation und hegemoniale Interessen beeinflussen jedoch die  
28 Gesellschaft durch extremistische Parteien. Einige EU-Staaten, wie Ungarn oder  
29 jetzt auch die Slowakei, könnten russische Interessen in den Vordergrund  
30 stellen. Serbien und die Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina vertreten  
31 ebenfalls eine pro-russische Haltung, die sich negativ auf die Verhandlungen zum  
32 EU-Beitritt auswirken. Die EU steht dabei vor dem Dilemma, die demokratische  
33 Transformation (schneller) einzufordern, die durch die serbische Haltung sowohl  
34 die eigene Aufnahme als auch die Aufnahme weiterer Beitrittskandidaten  
35 blockiert. Diesbezüglich bedarf es eines neuen Konzeptes, da auch die intensiven  
36 Bemühungen der EU um die Anerkennung des Kosovos durch Serbien gescheitert sind.

37 Die EU hat in der Vergangenheit falsche Signale gesetzt, als sie sich von einem  
38 „Wandel durch Handel“ Verhaltensänderungen Serbiens erhoffte. 2023 drängte die  
39 EU Serbien zur De-facto-Anerkennung des Kosovo und vernachlässigte dabei mehrere  
40 gewalttätige Ereignisse wie die Ausschreitungen gegen die KFOR-Truppen, den  
41 Aufmarsch an der Grenze zum Kosovo oder den serbischen Terroranschlag auf  
42 Banjska. [\[1\]](#)

43 Die Vertreter der Republika Srpska haben durch ihr politisches Verhalten keine  
44 Anzeichen für eine schnelle EU-Integration gezeigt, im Gegenteil arbeiten sie an  
45 der Zerstörung des Staates um sich der „serbischen Welt“, einem Großserbien  
46 anzuschließen. Damit hat Milorad Dodik in Bosnien und Herzegowina gegen das  
47 Friedensabkommen von Dayton verstoßen, indem er secessionistische Gesetze  
48 erlassen oder Einreiseverbote gegen den Hohen Repräsentanten verhängt hat.  
49 Politische Vertreter nutzen dabei Freiräume, die ihnen der autonome Status  
50 zubilligt, um ihre persönliche Macht durch Korruption anzureichern und  
51 geopolitische Interessen zu bedienen. Diese nachsichtige Reaktion auf  
52 nationalistische Interessen kann von einer EU-Kommission nicht toleriert werden.  
53 Es müssen strengere und schnellere Sanktionen gegen diejenigen verhängt werden,  
54 die Wahlen manipulieren, Gewalt anwenden, terroristische Anschläge ausüben oder  
55 multiethnische Staaten wie Kosovo und Bosnien und Herzegowina zersetzen. Ein  
56 Appeasement, das die Täter nur zu weiteren destruktiven Aktionen ermuntert, muss  
57 verhindert werden. Über solche Maßnahmen Deutschlands und der EU ließe sich ein  
58 schnellerer Beitritt der Westbalkanstaaten befördern und hegemoniale Dominanz  
59 und Einmischung unterbinden.

60 Für Bosnien und Herzegowina gilt: Die Rolle der Republika Srpska lässt sich mit  
61 der vermeintlichen Sezessionisten im Donbas vergleichen. Zu Recht hat die  
62 Ukraine das Minsker Abkommen abgelehnt, das einer von Russland inszenierten  
63 Minderheit das Recht auf Mitbestimmung und Mitwirkung im Sinne einer  
64 Selbstverwaltung einräumen sollte. Es ging darum, Entscheidungen auf staatlicher  
65 Ebene zu blockieren und letztlich eine Sezession zu erreichen.

66 Vor etwa 20 Jahren hoffte man durch das Friedensabkommen von Dayton, die  
67 Kriegsparteien durch das Konzept der Entitätsbildung zu befrieden und zu  
68 vereinen. Aber leider ist dies nicht gelungen und bedarf einer Überarbeitung.  
69 Aus ähnlich gelagerten Gründen will das Kosovo keine Selbstverwaltungsrechte für  
70 die serbische Minderheit im Norden einführen und blockiert an dieser Stelle eine  
71 Einigung mit Serbien.

72 Aber auch die radikal-völkische Kroatenpartei HDZ BiH von Dragan Covic  
73 untergräbt die Funktionalität der gesamtstaatlichen Institutionen, indem sie,  
74 unterstützt von der politischen Führung in Kroatien eine dritte, kroatisch  
75 dominierte Entität in Bosnien und Herzegowina fordern. Für diese Interessen ließ  
76 sich sogar der OHR Christian Schmidt einbinden und nutzt die ihm vergebenen  
77 „Bonn Power“ für mehrere Wahlinterventionen, um der HDZ BiH entgegenzukommen.  
78 Solchen Bestrebungen dürfen wir nicht nachgeben.

79 Auch wenn das Friedensabkommen den Erhalt des Staates von Bosnien und  
80 Herzegowina garantiert und weitere kriegerische Auseinandersetzungen beendet  
81 hat, hat es kritisch betrachtet den Konflikt lediglich eingefroren und die  
82 ethnische Teilung in der Verfassung von Bosnien und Herzegowina verankert.  
83 Insofern muss das Abkommen zu einem echten Frieden unter den Nachbarstaaten  
84 weiterentwickelt werden, bei dem die Sicherheit nicht mehr durch UN-Truppen  
85 abgesichert werden braucht. Das Dayton-Abkommen braucht auf mehreren Ebenen  
86 weitere Anstöße: 1.) Kroatien und Serbien verpflichten sich dabei, jegliche  
87 Ansprüche und hegemonialen Einmischungen zu unterlassen 2.) die internen  
88 Diskriminierungen werden beendet und 3.) wird eine nachhaltige diplomatische  
89 Offensive seitens der EU/USA erforderlich.

90 In dem Kontext ist es wichtig zu betonen, dass der Bosnienkrieg 1992-95 kein  
91 Bürgerkrieg war, "sondern ein internationaler bewaffneter Konflikt, in dem die  
92 politische Führung der Nachbarländer eine entscheidende Rolle spielten." [\[2\]](#)  
93 Daher sind negative außenpolitische Einflüsse in die inneren Angelegenheiten  
94 Bosnien und Herzegowinas umgehend zu unterbinden, um eine Destabilisierung oder  
95 Eskalation zu verhindern. Die europäische Kommission hat solche Entwicklungen  
96 sorgfältig zu verfolgen und zu sanktionieren, da diese eine Weiterentwicklung  
97 aus der Gesellschaft heraus verhindern, um Probleme selbstbestimmt in die Hand  
98 zu nehmen.

99 Problematisch ist die ethnische Zementierung und Diskriminierung durch Dayton.  
100 Zahlreiche Minderheiten, jüdische Minderheiten oder Roma, sowie Bürger\*innen,  
101 die sich nicht in eine ethnische Kategorie einordnen wollen, können sich nicht  
102 zur Wahl zum Präsidenten aufstellen lassen, da diese Posten ausschließlich den  
103 drei "konstitutiven Völkern" vorbehalten sind. Selbst die staatstragenden  
104 Ethnien können sich nicht zur Wahl aufstellen lassen, wenn sie in Gebieten  
105 wohnen, in denen sie nicht zur Entität gehören.

106 Um die innere ethnische Aufspaltung und Diskriminierung zu überwinden, müssen  
107 wir eine glaubwürdige Politik der EU einfordern. Deutschland und die europäische  
108 Kommission müssen eine stärkere Rolle Haltung in Bezug auf die Menschenrechte  
109 einnehmen und den Prozess flankierend unterstützen.

110 [\[1\]](#) Möglicherweise glaubt sich Serbiens Präsident Vucic durch Waffenexporte an  
111 die Ukraine eine solche Vorgehensweise herausnehmen zu können, da er ansonsten  
112 eine enge Verbindung zu Russland pflegt.

113 [\[2\]](#) Tobias Flessenkemper: Westbalkan. Jahrbuch der Europäischen Integration  
114 2023, S. 443.